

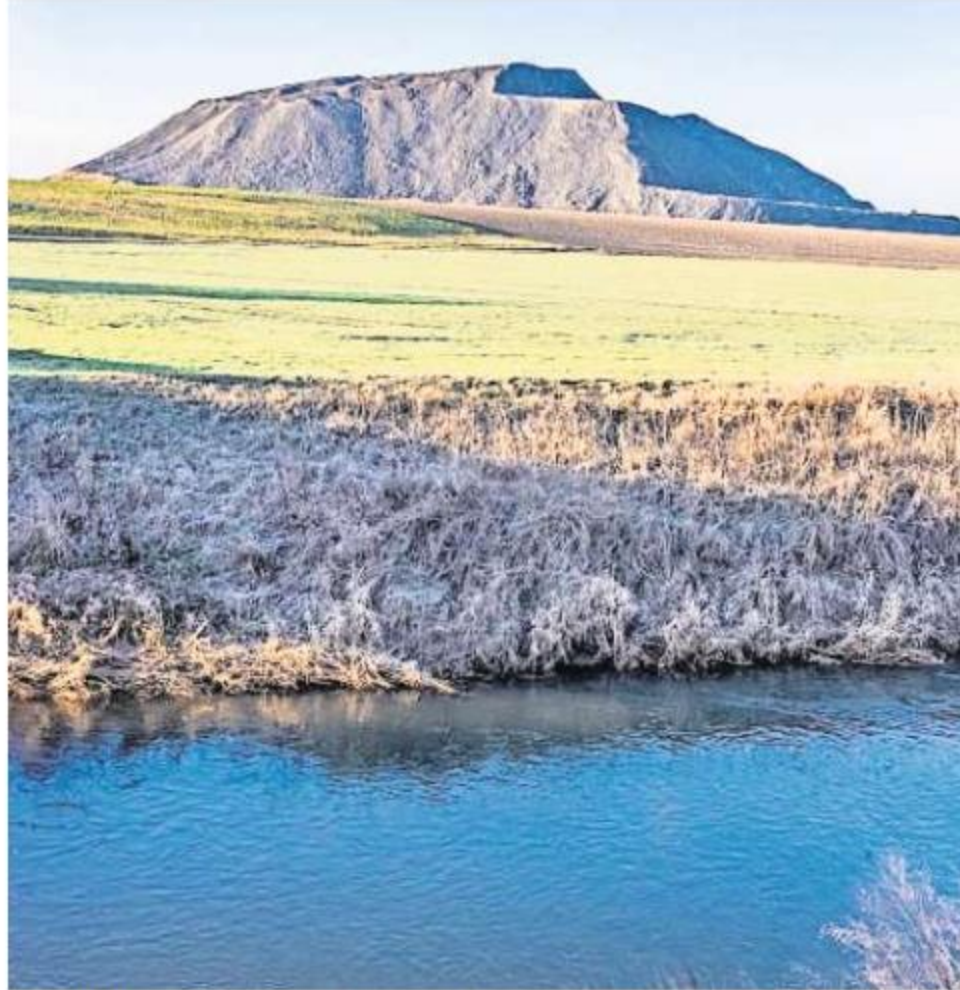
Wiederinbetriebnahme des ehemaligen Kali-Bergwerkes

Genehmigung für Siegfried-Giesen

GIESEN. Es war ein langes Hickhack zwischen den politischen Kreistagsgremien, der Kreisverwaltung und dem Umweltministerium von Olaf Lies. Der hatte bereits im Vorjahr die Kreisverwaltung als Untere Naturschutzbehörde angewiesen, ihrerseits das Einvernehmen zu erteilen, das für die Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerkes Siegfried-Giesen nötig ist. Der Bescheid vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) war daraufhin nur noch eine Formsache. Planfeststellungsbeschluss ist dieser bürokratische Akt überschrieben.

Vorausgegangen war die Frage, ob diese Anweisung überhaupt rechtens sei, ob die Kreisverwaltung dieses Einvernehmen überhaupt herstellen könne. Die Kreispolitiker um die Fraktionsvorsitzenden Klaus Bruer, SPD, und Friedhelm Prior, CDU, bestritten die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens vehement. Das „Machtwort“ des Umweltministers beendete die Diskussion nur oberflächlich.

Zwischenzeitlich sprachen sich ehemalige und aktive Politiker auch für die Wiederinbetriebnahme aus, beispielsweise Herrmann Rappe und Bernd Westphal, beide SPD. Auch die Giesener selbst hatten sich mehrheitlich in einer Umfrage der Uni für die Wiederaufnahme des Betriebes ausgesprochen, allerdings gab es von deren Seite auch ein Nein zu einer Neuhalde. Die ist freilich von K+S



Die alte Kali-Abraumhalde von der Innerste aus gesehen. FOTO: STUMPE

vorgesehen und wird sogar noch größer als der bisherige Abraumberg – möglicherweise nicht ganz so hoch, dafür aber vom Umfang deutlich platzraubender.

Die Ablehnung der Wiederinbetriebnahme durch die Kritiker, die sich zum Teil in der Bürgerinitiative Giesen Schacht e.V. zusammengeschlossen haben, entzündet sich zu einem Großteil an der Behandlung der Althalde. Von dort sickert Grundwasser Richtung Innerste, und das ist mit Schadstoffen belas-

tet. Um Umweltschäden durch das Kalibergwerk zu verhindern, hatte der Bund für Umwelt und Naturschutz, BUND, Widerspruch eingereicht. Die Hildesheimer Kreisgruppe und die Bürgerinitiative unterstützen den Verein. Die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss wurde allerdings abgewiesen.

Aktuell sieht der BUND Niedersachsen erneut Verstöße gegen die Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie und hat erneut Klage eingereicht. Mehr dazu auf Seite 3. *hst*